

Studienprojekt - Aktuelle Situation des Ökolandbaus in Brandenburg:

Die Schere zwischen steigender Nachfrage in der Hauptstadt und begrenztem regionalen Angebot – Eine Wertschöpfungskettenanalyse
Von Hanna Treu

Im Rahmen unseres Studienprojektes* haben wir anhand von 21 Leitfadeninterviews mit Akteuren der Wertschöpfungskette (Produzenten, Verarbeiter, Einzel- und Großhandel, Konsumenten) ein differenziertes Meinungsbild skizziert: Die auf den ersten Blick paradoxe Entwicklung, dass der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche und die Anzahl der Biobauern in Brandenburg abnimmt, während die Nachfrage nach (regionalen) Biolebensmitteln in Berlin beständig ansteigt, lässt sich mit Blick auf die geführten Interviews und aktuellen Veröffentlichungen zu dieser Thematik besser verstehen. Die Aussagen unserer Interviews bestätigen die Ergebnisse der konsultierten Studien und bieten mit ihrem umfassenden Blick auf die gesamte Wertschöpfungskette auch neue Erkenntnisse.

Generell werden die politischen Rahmenbedingungen für den Ökolandbau in Brandenburg von den Betroffenen als planlos empfunden. Demnach hat er politisch keine Priorität, es fehlt an Verlässlichkeit („keine erkennbare Strategie“), Planungssicherheit („geringe Fördergelder“), Kontinuität („zeitweises Aussetzen der Umstellungsförderung“) und einem ehrlichem Bekenntnis („was versprochen wird, soll auch gehalten werden“). Das Thema „Boden“ wurde als wesentlicher Grund für das ins Stocken gekommene Wachstum der Öko-Fläche in Brandenburg identifiziert („Boden ist tägliches Hauptthema, wichtiger als die Produktion“). Problematisch ist für die Interviewten vor allem die Konkurrenz, die durch die finanzielle Förderung der Bioenergieerzeugung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) entstanden ist. Dass Landwirte und vermehrt auch außerlandwirtschaftliche Investoren mit der Produktion von Bioenergiepflanzen mehr Geld verdienen können als mit Ökolandbau hat auch den Effekt, dass die Preise für Land seit Jahren stark steigen. Zugang zu landwirtschaftlicher Fläche wird auch durch die von den Produzenten als nachteilig kritisierte Vergabep Praxis der BVVG (Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH) so immer schwieriger und ist manchen inzwischen finanziell nicht mehr möglich.

Dass regionale Wertschöpfungsketten kompliziert in der Realisierung sind, wurde durch die Interviews ebenfalls deutlich. Obwohl man sich einig ist, dass „bio“ und „regional“ gut zusammenpassen („kurze Wege, kurze Wertschöpfungsketten“), wird darauf verwiesen, dass Systemdenken in „geschlossenen Nährstoffkreisläufen“ wichtiger sei als eine Landbauform auf eine Region zu beschränken. Nachfrage und Umsatz ökologisch erzeugter Produkte steigen. Ein Missverhältnis existiert aber in der Tatsache, dass „Berliner zwar regionale Produkte präferieren“, aber eine geringe Zahlungsbereitschaft und unrealistische Vorstellungen von regionaler Landwirtschaft und ökologisch produzierten Lebensmitteln hätten. Erzeuger wünschen sich mehr Hilfe bei der Durchsetzung „realistischer“ Preise für Lebensmittel, die eine kostendeckende bzw. gewinnbringende Produktion ermöglichen und beklagen die Verzerrung durch die Externalisierung von Kosten im konventionellen Bereich. Diese habe dazu geführt, dass „die Preise hinter den Regionalprodukten oftmals nicht kostendeckend sind“ und dass „der

Deutsche denkt, dass man bei Lebensmitteln sparen muss.“ Regionalität werde aber auch von Seiten des Handels vernachlässigt, der sich darauf berufe, dass die Kunden alle Produkte verlangen, so die Kritik vieler Interviewter.

Wertschöpfungslücken wurden hauptsächlich in der Verarbeitung und Veredelung (insbesondere im Gemüsebereich und in der Fleischverarbeitung) ausfindig gemacht („zwischen Handel und Produzenten“). Diese Lücken werden als „Riesenproblem“ bewertet, das „Wachstum begrenzt“. Den Produzenten wird „wenig kettenbewusstes Denken“ („der Bauer produziert vor sich hin und schaut dann weiter“) und Mangel an langfristigen Kooperationen bescheinigt: „kurzfristiges Denken, das auf Gewinnmaximierung zielt, verhindert langfristige Lieferbeziehungen.“ Die inadäquate Synchronisation von Angebot und Nachfrage war vielen Interviewten bewusst: „Dass in Berlin die Nachfrage da ist, ist allen klar, was nicht so klar ist, ist, warum die Bauern nicht das anbauen, was in Berlin gefragt wird.“

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass der Ökolandbau mit vielen Herausforderungen konfrontiert ist, die sein Bestehen und weiteres Wachstum in Brandenburg in Frage stellen. Auf Seiten der Produktion wurde eine Vielzahl an Faktoren identifiziert, die dazu führen, dass die ökologische Landwirtschaft in ihrer Entwicklung gebremst wird. Auf der Nachfrageseite ist zwar der Wunsch nach regionalen Lebensmitteln vorhanden, aber die Entwicklung regionaler Wertschöpfungsketten ist eine große privatwirtschaftliche und institutionelle Herausforderung. Trotz allem wird der Brandenburger Landwirtschaft großes Potential bescheinigt: „Die Landwirte könnten die Bevölkerung mit einheimischen Produkten ernähren, Importe wären nicht notwendig.“

* Dies ist ein Ausschnitt aus einem sechsmonatigen Studienprojekt, das unter Betreuung von PD Heide Hoffmann an der Lebenswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt Universität zu Berlin von Anke Wolff und Hanna Treu im Zeitraum Januar bis Juni 2015 in Berlin und Brandenburg durchgeführt wurde. Der vollständige Projektbericht mit allen Quellen, ist unter: www.landbrot.de.

Weniger Gift im Essen durch Bio-Anbau: Cadmium

Von Lars Neumeister

Cadmium gehört zu den giftigsten Elementen, die häufig in unserem Essen nachgewiesen werden und für VerbraucherInnen stellen Lebensmittel die größte Cadmiumquelle dar. Im Jahr 2009 stellte die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) fest, dass bei Kindern und Erwachsenen die Cadmium-Aufnahme die toxikologischen Grenzen bereits deutlich überschreitet (siehe EFSA 2009 dort Tabelle 30)¹.

Dieser Artikel geht der Frage nach, ob Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau weniger Cadmium enthalten als konventionell produzierte. Die Frage mag zuerst verwundern, weil Bio-Landwirte und konventionell produzierende Landwirte in der gleichen Umwelt produzieren. Es gibt jedoch zwei wesentliche Unterschiede zwischen den Anbaumethoden.

1. Landwirte, die kontrolliert biologischen Anbau betreiben, dürfen keine Mineraldünger einsetzen – und gerade Phosphordünger, die im konventionellen Anbau jährlich eingesetzt werden, können sehr hohe Mengen an Cadmium enthalten.
2. Cadmium wird in Böden mit niedrigem pH-Werten (saure Böden) mobil und kann dann von Pflanzen aufgenommen werden. Böden im kontrolliert biologischem Anbau enthalten i.d.R. mehr Humus. Dieser sorgt für höhere pH-Werte und das Cadmium bleibt dadurch im Boden.

In den Jahren 2011-2013 wurden durch die staatliche Lebensmittelüberwachung fast 27.000 Proben auf Cadmium untersucht. Unter den 27.000 Proben befanden sich auch fast 1.000 Bio-Proben. Diese bilden

die Datengrundlage² für den Vergleich. Trotz der relativ hohen Probenzahl ergeben sich aus den 1.000 Bio-Proben nur für sieben Lebensmittel Vergleichsmöglichkeiten – bei den anderen Lebensmitteln ist die Anzahl der Proben zu gering. Bei den sieben bewerteten Lebensmitteln zeigten sich zum Teil deutliche Unterschiede zwischen Ware aus Bio-Anbau und Ware aus konventioneller Herkunft.

Die mittleren Cadmium-Gehalte sind bei allen sieben Bio-Lebensmitteln niedriger und die Unterschiede sind bei Bio-Roggen und Bio-Kartoffeln sehr stark (signifikant). Bio-Roggen und Bio-Kartoffeln enthalten 50% weniger Cadmium als Roggen und Kartoffeln aus konventioneller Produktion. Beide Lebensmittel werden, je nach Region in relativ großen Mengen gegessen, eine Umstellung auf Bio kann hier die Cadmiumbelastung des Körpers möglicherweise deutlich verringern.

- 1 EFSA (2009): Cadmium in food – Scientific opinion of the Panel on Contaminants in the Food Chain. EFSA Panel on Contaminants in the Food Chain (CONTAM). European Food Safety Authority (EFSA)doi: 10.2903/j.efsa.2009.980
- 2 Datengrundlage <http://www.essen-ohne-chemie.info/datengrundlage/>

Auch bei der Belastung mit Pestizidrückständen (siehe z.B. Öko-Monitoring Baden-Württemberg³ und Neumeister 2016⁴) und Mykotoxinen (Neumeister 2015⁵) schneiden Bio-Lebensmittel viel besser ab – so dass sich bei einigen hochgiftigen Stoffen insgesamt eine deutlich geringere Belastung durch den Wechsel zu Bio-Lebensmitteln erreichen lässt.

Über den Autor: Lars Neumeister ist Pestizidexperte und bloggt auf www.essen-ohne-chemie.info über Verbraucherschutz, Pestizide und andere Schadstoffe im Essen. Der Artikel ist in längerer Ausführung dort erschienen.

3 <http://oekomonitoring.cvuas.de/start.html>

4 Neumeister L, Pestizide in ökologisch und konventionell produzierten Lebensmitteln. Vergleich der Belastungssituation anhand gesamtdeutscher Daten der Lebensmittelüberwachung 2011-2013. Im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. http://www.pestizidexperte.de/Publikationen/Neumeister_15_Pestizide_oeke_vs_konv.pdf

5 Neumeister L (2015): Mykotoxine – die Bedrohung vom Bioacker? Blogartikel: <http://www.essen-ohne-chemie.info/mykotoxine-die-bedrohung-vom-bioacker/>

Glyphosat Kampagne endet – Europäische und globale Dimension des Glyphosat-Einsatzes

Auszüge aus Berichten und Hintergrundpapieren von Julia Sievers-Langer

Zum Abschluss der knapp zweijährigen Glyphosat-Kampagne der Agrar Koordination übergaben wir am 14.1.2016 die gesammelten 4.728 Unterschriften persönlich an Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt mit dem Appell, sich auf EU-Ebene für ein Glyphosat-Verbot einzusetzen. Leider stellt Bundesminister Schmidt sich nach wie vor hinter das Bundesinstitut für Risikobewertung, das eine Neuzulassung für Glyphosat empfiehlt. Er verschließt dabei die Ohren für die massive Kritik von Toxikologen an der fehlerhaften Bewertung des BfR. Fundierte Hinweise auf eine krebserzeugende Wirkung, die auch von der Internationalen Krebsforschungsagentur IARC bestätigt werden, ignoriert er offensichtlich.

Auch wenn es im Jahr 2016 noch nicht zu einem Verbot von Glyphosat auf dem EU-Markt kommen sollte – erste Teilerfolge der Bewegung gegen Glyphosat sind bereits zu sehen. Hierzu gehören zum Beispiel Verbote der Anwendung von Glyphosat in einigen Kommunen und Bundesländern wie zuletzt in Hamburg und die Auslistung von glyphosathaltigen Pestiziden aus einigen Baumarktketten. Die Erfahrung mit anderen gefährlichen Stoffen (zum Beispiel Dioxin oder DDT) zeigt, dass es manchmal länger dauert, bis sich der Gesundheitsschutz durchsetzt. Die Tatsache, dass sich das Wissen über die Gefahren von Glyphosat immer stärker verbreitet und immer schwerer zu leugnen ist, lässt hoffen, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis Glyphosat verboten wird. Die Kampagne der Agrar Koordination hat maßgeblich dazu beigetragen, in der Öffentlichkeit über die Gefahren von Glyphosat aufzuklären und öffentlichen Druck auf die politischen Entscheidungsträger aufzubauen. Die beendete Kampagne hat also einen wichtigen Anstoß geliefert – Wir danken allen Spendern und Unterstützern der Kampagne sehr herzlich!

Neben den Diskussionen rund um das Zulassungsverfahren innerhalb der EU hat das Thema Glyphosat-Einsatz auch eine entwicklungspolitische Dimension. In zahlreichen Entwicklungsprojekten wird Glyphosat unkritisch und unhinterfragt eingesetzt. Im Hinblick auf das Bewusstsein bei entwicklungspolitischen Akteuren zu den Gefahren von Glyphosat wurden mit einer Tagung, einer Vortragsreise, einer Postkartenaktion, der Veröffentlichung eines Positionspapiers und persönlichen Gesprächen mit verschiedenen entwicklungspolitischen Akteuren wichtige Schritte gemacht. Es wurde erreicht, dass sich entwicklungspolitische Akteure mit den Gefahren von Glyphosat und den speziellen Gefahren der Pestizidanwendung in Entwicklungsländern auseinandersetzen. Hintergrund ist, dass in Europa zugelassene Pestizide bei der Anwendung in Afrika, Asien und Lateinamerika gravierende Gesundheitsschäden verursachen können. Selbst wenn ein Pestizid in der EU zugelassen ist, bedeutet dies nicht, dass seine Anwendung in anderen Weltregionen sicher ist. Dies soll am Beispiel Glyphosat verdeutlicht werden. Hintergrund: Im Oktober 2014 positionier-

te sich das BMZ in einer Stellungnahme auf Anfrage der Agrar Koordination zu Glyphosat wie folgt: „Eine fachgerechte Anwendung von Glyphosat (...) halten wir für vertretbar.“ Dabei berief sich das BMZ auf die geltende Zulassung für Glyphosat in der EU. Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen deutet darauf hin, dass der Einsatz von Glyphosat ein Jahr später, im Oktober 2015, etwas kritischer beurteilt wird. So gibt die Bundesregierung an, dass die GIZ-internen Beschaffungsrichtlinien den Einsatz von Glyphosat „nur in Ausnahmefällen mit entsprechender Begründung und sofern die nötigen Sicherheitsvorkehrungen bei der Anwendung berücksichtigt werden“ erlauben. Doch von der GIZ selbst gehen gleichzeitig Signale aus, die Zweifel an den Anzeichen eines Sinneswandels aufkommen lassen. Die Landwirtschaftsabteilung der GIZ lehnt einen Dialog zu den Gefahren von Glyphosat ab und verweist dabei wieder darauf, dass der Ausgang des EU-Zulassungsverfahrens zu Glyphosat abzuwarten sei. Warum aber der Ausgang des Zulassungsverfahrens für Glyphosat in der EU nicht entscheidend ist für

die Bewertung der Risiken des Glyphosat-einsatzes in Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, wird im Folgenden erläutert:

1. Es kommt auf die Anwendungsbedingungen, Zusatzstoffe und Exposition der Bevölkerung an.

Die Zulassung für Glyphosat in der EU beruht auf einer Risikobewertung, die deutsche Behörden im Hinblick auf die Anwendungsbedingungen und die Exposition der Bevölkerung in der EU durchführen. Die Risikobewertung lässt sich nicht auf andere Weltregionen übertragen, in denen ganz andere Anwendungsbedingungen und/oder eine viel höhere Exposition vorherrschen. Während zum Beispiel in Deutschland schätzungsweise 400 Gramm Glyphosat pro Hektar⁶ eingesetzt werden, sind es in Argentinien etwa 12 kg pro Hektar⁷. Die argentinische Bevölkerung ist also viel größeren Mengen des Pestizids ausgesetzt. Als zusätzliche gravierende Risikofaktoren kommen in Argentinien und vielen anderen Ländern die mangelnden Sicherheitsvorkehrungen bei der Anwendung sowie die Beimischung von Glyphosat-Produkten mit POE-Tallowaminen hinzu (siehe oben). Dabei ist zu beachten, dass es beim aktuellen EU-Zulassungsverfahren um den reinen Wirkstoff Glyphosat geht, dieser aber in der Realität nie isoliert ohne Beistoffe eingesetzt wird. Auch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), das die humantoxische Risikobewertung für Glyphosat im Rahmen des EU-Zulassungsverfahrens durchgeführt hat, bestätigt, dass seine Bewertung nicht auf andere Weltregionen übertragbar ist: „Die europäischen Mitgliedstaaten und somit auch das BfR bewerten also im Rahmen der EU-Genehmigungs- und Zulassungsverfahren nicht die Risiken des Glyphosateinsatzes außerhalb der EU, z.B. in Südamerika und anderen Weltregionen.“⁸ Während das BfR angibt, „keine hinreichenden Daten zur Anwendungspraxis in den Ländern außerhalb der EU“ zu haben, „um eine wissenschaftlich fundierte Risikobewertung vorzunehmen“, gibt das Institut dennoch eine grobe Einschätzung zu den Risiken in Südamerika: „Berichte in wissenschaftlichen Zeitschriften und Informationen zur Agrarpraxis in Südamerika lassen darauf schließen, dass die Bevölkerung in Südamerika größeren Risiken als die Bevölkerung in der EU durch den Einsatz von Glyphosat ausgesetzt ist.“⁹ Damit bestätigt das BfR, dass eine Auseinandersetzung mit den Risiken des Glyphosateinsatzes in Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nicht vom Ausgang des Zulassungsverfahrens in der EU abhängig zu machen ist.

2. Es kommt auf die Ernährungssituation vor Ort an.

Bei der Risikobewertung im Rahmen von EU-Zulassungsverfahren für Pestizide wird die Exposition der Bevölkerung gegenüber

Pestizidrückständen in Lebensmitteln mit Hilfe von Verzehrstudien und den üblicherweise vorkommenden Pestizidrückständen in unterschiedlichen Produkten abgeschätzt. Verzehrgewohnheiten in anderen Ländern, die stark von den Konsummustern in der EU abweichen, werden bei der Risikobewertung nicht berücksichtigt. Auch daher dürfen die EU-Risikobewertung und die Festlegung von Rückstandshöchstgehalten nicht einfach auf andere Weltregionen übertragen werden. Wenn dies geschieht, kann es gefährliche Folgen für die Bevölkerung haben, wie das Beispiel Südafrika verdeutlicht. In Südafrika ist Mais ein Hauptnahrungsmittel – insbesondere arme Bevölkerungsschichten ernähren sich hauptsächlich von Maisbrei. 84% der in Südafrika angebauten Maispflanzen sind gentechnisch verändert, u.a. sind sie gegenüber Glyphosat tolerant. Glyphosat ist mit jährlich 2000 Tonnen das meisteingesetzte Pestizid beim Maisanbau in Südafrika. Der gentechnisch veränderte Mais ist in Südafrika auch als Lebensmittel zugelassen. Es ist anzunehmen, dass durch das Bespritzen mit Glyphosat Rückstände im Mais verbreitet sind. Die diesbezüglichen Regulierungen sind höchst problematisch. So wurde für Mais ein Rückstandshöchstgehalt von 2mg/kg festgelegt. Wenn man den in der EU gültigen Schwellenwert für die akzeptable tägliche Aufnahmemenge von Glyphosat (ADI – Acceptable Daily Intake) zugrunde legt, ist zu befürchten, dass dieser Schwellenwert auf Grund des hohen Maiskonsums regelmäßig überschritten wird. Die Gefährdung der südafrikanischen Bevölkerung durch Glyphosat wird jedoch nicht überprüft, denn Lebensmittel werden nicht auf Glyphosatrückstände untersucht.

3. Es kommt auf die Wechselwirkungen mit der Umwelt und anderen Pestiziden an.

Bei der Risikobewertung in der EU wird offenbar nicht berücksichtigt, ob es Wechselwirkungen zwischen Pestizidwirkstoffen und Umweltfaktoren gibt, die in anderen Weltregionen vorherrschen. Dass bestimmte Umweltfaktoren aber entscheidend sein können für die toxischen Wirkungen von Glyphosat, zeigen die Erfahrungen mit dem verbreiteten Auftreten von Nierenerkrankungen in Ländern wie Sri Lanka, Indien, Nicaragua und El Salvador. So ergaben wissenschaftliche Studien, dass Glyphosat in Zusammenspiel mit einem hohen Fluorid- und Calcium-Gehalt im Trinkwasser (sogenanntes „hartes Wasser“) sowie erhöhten Schwermetallbelastungen in Böden und Nahrungsmitteln Nierenerkrankungen auslöst, die vielfach tödlich sind.¹⁰ So sind zum Beispiel in Sri Lanka in den vergangenen 10 Jahren mehr als 400.000 Menschen daran erkrankt und über 20.000 Menschen daran gestorben. Besonders betroffen sind Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten.

Auch Wechselwirkungen mit anderen Pestiziden spielen eine wichtige Rolle für die Gefährdung der Menschen, die diesen Pestiziden ausgesetzt sind. Beim kombinierten Einsatz unterschiedlicher Pestizide kann sich die Toxizität der Bestandteile ei-

ner Pestizidmischung addieren und teilweise potenzieren.¹¹ Das ist auch im Fall von Glyphosat ein großes Problem. Denn durch den jahrelangen Einsatz von Glyphosat in Monokulturen entstehen Glyphosat-resistente Unkräuter, wie Erfahrungen unter anderem in Nord- und Südamerika zeigen. Dies zieht den Einsatz anderer, besonders toxischer Pestizide nach sich. So wird zum Beispiel beim Sojaanbau in Paraguay und anderen südamerikanischen Ländern Glyphosat in Kombination mit den hochgefährlichen Pestiziden Paraquat und Endosulphan eingesetzt.

4. Die Glyphosat-Bewertung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) steht stark in der Kritik.

Die Arbeit des Bundesinstituts für Risikobewertung im Hinblick auf die toxikologische Risikobewertung zu Glyphosat steht seit mehreren Jahren in der Kritik internationaler Wissenschaftler. Antoniou et al. wiesen bereits 2011 auf gravierende Mängel beim früheren Zulassungsverfahren für Glyphosat hin und warfen dem BfR vor, schon damals wissenschaftliche Hinweise auf Missbildungen ignoriert zu haben.¹² Die Kritik am BfR hat eine neue Dimension bekommen, seit die Internationale Krebsforschungsagentur der WHO (IARC- International Agency for Research on Cancer) nach Auswertung der vorhandenen wissenschaftlichen Studien im März 2015 verkündet hat, dass Glyphosat von der IARC als „wahrscheinlich krebserregend für den Menschen“ eingestuft wird. Das ist die zweithöchste Gefahreneinstufung des international anerkannten IARC-Systems. Zudem deuten einige Analysen darauf hin, dass das BfR voreingenommen an die Risikobewertung zu Glyphosat herangegangen ist.¹³ Während bei Studien, die auf Gefahren von Glyphosat hinweisen, systematisch vermeintliche Mängel herausgestellt werden, werden gravierende methodische Mängel und Fehler bei der Interpretation der Daten vom BfR nicht bemängelt bei Studien, die die Unbedenklichkeit von Glyphosat vermeintlich nachweisen. Die Einschätzung des BfR, dass Glyphosat nicht humantoxisch sei, beruht fast ausschließlich auf Studien, die von Glyphosat-Herstellern durchgeführt oder in Auftrag gegeben wurden. Zahlreiche unabhängige wissenschaftliche Studien, die auf gravierende Gefahren von Glyphosat hinweisen, wurden dagegen vom BfR diskreditiert. Angesichts dieser massiven Kritik sollte aus Sicht der Agrar Koordination und vieler anderer Organisationen die Risikobewertung zu Glyphosat durch eine Kommission wirklich unabhängiger Experten umfassend überprüft werden.

Fazit: Aus den dargelegten Gründen ist

6 Schätzung von Bernhard Krüskens, Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, bei Anhörung im Landwirtschaftsausschuss des deutschen Bundestages, 28.9.2015

7 Leonardo Rossi (Agrar Koordination, 2015): Die chemische Wolke, die Südamerika einhüllt.

8 Stellungnahme des BfR vom 20.10.2015 auf Anfrage der Agrar Koordination.

9 Stellungnahme des BfR vom 20.10.2015 auf Anfrage der Agrar Koordination.

10 Jayaumana et al. (2014): Glyphosate, Hard Water and Nephrotoxic Metals: Are They the Culprits Behind the Epidemic of Chronic Kidney Disease of Unknown Etiology in Sri Lanka?

11 Kortenkamp, A.; Backhaus, T.; Faust, M. (2009): State of the Art Report on Mixture Toxicity - Final Report, Contract No. 070307/2007/485103/ETU/D.1 to European Commission, pp.1-391

12 Antoniou et al. (Earth Open Source, 2011): Roundup & Birth Defects – Is the Public being kept in the dark?

13 Agrar Koordination u. PAN Germany (2014): Roundup & Co – Unterschätzte Gefahren; Nancy Swanson (2014) Glyphosate re-assessment in Europe is corrupt: Toxicology; Peter Clausen (Campact u. PAN Germany, 2015): The Glyphosate Renewal Assessment Report – An Analysis of Gaps and Deficiencies

eine Berufung auf die Zulassung von Glyphosat in der EU bzw. auf das laufende Zulassungsverfahren kein überzeugendes Argument dafür, sich nicht mit den Risiken des weltweit meistverkauften Pestizids für die Bevölkerungen in Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auseinanderzusetzen. Das ausführliche Hintergrundpapier „Warum ein Sinneswandel der staatlichen Entwicklungszu-

sammenarbeit im Hinblick auf den Einsatz von Pestiziden und bezüglich der Kooperation mit Pestizidherstellern notwendig ist“ von Julia Sievers-Langer kann über die Geschäftsstelle der Agrar Koordination bezogen werden und ist auf der Homepage der Agrar Koordination zum Download verfügbar.

Julia Sievers-Langer ist Expertin für Ernährungs- und Agrarpolitik und koordiniert

die Glyphosat-Kampagne der Agrar Koordination. Sie steht für Vorträge und die Durchführung von Informations- und Diskussionsveranstaltungen weiter auf Honorarbasis zur Verfügung.

Kontakt über die Geschäftsstelle der Agrar Koordination unter 040 - 39 25 26 oder über julia.sievers@agrarkoordination.de.

Rezension

Die Wegwerfkuh

Wie unsere Landwirtschaft Tiere verheizt, Bauern ruiniert, Ressourcen verschwendet und was wir dagegen tun können.

Ein Buch von Tanja Busse

von Mireille Remesch

Die moderne, industrialisierte Landwirtschaft rühmt sich effizient zu sein. Die deutsche Landwirtschaft produziert immer mehr in immer kürzerer Zeit. Bis zu 40 Liter Milch pro Tag können Hochleistungskühe heutzutage geben. Doch wie lange und zu welchem Preis? Tanja Busse rüttelt mit diesem Buch wach und fragt, wie kann es effizient sein, Tiere zu produzieren; die keiner braucht? Tatsächlich ist es eine unglaubliche Entwicklung. Die männlichen Kälber sind fast so wertlos geworden wie die männlichen Küken, die gleich nach dem Schlüpfen getötet werden. Rinder sind nicht mehr Milch- und Fleischlieferanten, sondern Spezialisten für das eine oder andere. Ökonomisch gesehen lohnt sich dieses Kälberleben nicht mehr. Seine Aufzucht mit Milchpulver zu Weltmarktpreisen ist zu hoch, die Preise für Kalbfleisch zu niedrig. Das Kalb wird zum Abfallprodukt.

Die Autorin beschreibt deutlich und differenziert das System „moderne Landwirtschaft“, das solche Absurditäten erzeugt und listet die Schäden auf: Hoher Einsatz von Düngemitteln, Pflanzenschutzmitteln und Antibiotika. Nicht nur die Milchkuhe werden in einen Burn-out getrieben, auch viele Landwirte leben am Rande der Selbstausbeutung oder geben sogar auf. Am Beispiel des Kälbchens Jonny Roastbeef wird anschaulich, was alles schief läuft.

Es ist höchste Zeit für einen Richtungswechsel in der Landwirtschaft. Die Autorin

schlägt dafür konkrete Schritte vor und fordert uns auf, uns zu trauen, selbst nach einer Antwort zu suchen, wie die Zukunft unserer Landwirtschaft aussehen soll. Wollen wir Käufer sein oder Koproduzenten?

Es muss sich viel ändern, wenn die Landwirte, die ihre Tiere wirklich draußen halten oder im Stroh wühlen lassen, eine faire Chance auf dem Markt haben sollen. Starke Bilder und gute Geschichten von guter Landwirtschaft sind für einen Umschwung notwendig. Dies versteht Tanja Busse auch als politische Aufgabe. Sie beendet das Buch mit der Bemerkung,

dass manche Vorschläge zurzeit noch weit weg klingen mögen, angesichts der Sehnsucht vieler Menschen nach sinnlichen Lebenswelten, Natur und Tieren, scheinen Modelle wie „Hühner für alle“ oder „Einen Bauernhof für jede Schule“ nicht mehr utopisch, sondern eine zwingende, logische Folge zu sein.

Das Buch von Tanja Busse fordert dazu auf, dass wir uns trauen eine Landwirtschaft zu denken, die gut ist für alle: Landwirte, Verbraucher, Tiere und Natur. 2015, Karl Blessing Verlag, München, ISBN: 978-3-89667-538-5.

Meldungen und Ankündigungen

Hamborg stoppt Einsatz von Glyphosat! 18.01.2016

Der BWVI (Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation) setzt das Herbizid für Nichtkulturlandflächen so lange aus, bis eine eindeutige Neubewertung stattgefunden hat. Diese findet durch die EU-Kommission wohl im März 2016 statt. Unter das vorläufige Verbot fallen alle öffentlichen Orte wie Straßen, Spiel- und Sportplätze, Wege oder Friedhöfe. Begründet wird diese Entscheidung damit, dass die Menschen im öffentlichen Raum besser geschützt werden müssen. Da viele Menschen an Einsatzorten von Glyphosat engen Kontakt zu dem Herbizid haben, handelt die BWVI nun aus „Vorsorge“.

Filmvorführung mit Filmgespräch in Hamburg

Abaton Kino (Allende-Platz 3, 20146 Hamburg), Montag 18.4.2016, 20.00 Uhr, 8 EUR

Die Agrar Koordination veranstaltet in Kooperation mit zeitAlter der Werkstatt für internationale Kultur und Politik e.V., umdenken (Heinrich-Böll-Stiftung-Hamburg e.V.), FIAN Hamburg und der GLS Bank Hamburg die Vorführung des Dokumentarfilms „Landraub“ (2015) von Kurt Langbein (95 Min). Der Film zeigt eindrücklich die Auswirkungen des weltweiten unstillbaren Hungers auf Land – in Asien, Afrika und Europa. Zu Wort kommen beide Seiten, die betroffene lokale Bevölkerung sowie die Investoren und Manager, die Kontraste könnten nicht stärker sein. Film und anschließendes Gespräch mit Heiko Hansen und Natalie Berghahn (FIAN Hamburg).

Bauer macht Schule

Das Projekt „Bauer macht Schule“ bietet SchülerInnen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 25 Jahren an verschiedenen Orten die Möglichkeit an, Landwirte direkt auf Ihren Höfen zu besuchen. Die TeilnehmerInnen erhalten so einen

Einblick in die Herausforderungen der bäuerlichen Landwirtschaft. Mit dabei sind Höfe mit Solidarischer Landwirtschaft, Permakultur, Direktvermarktung und eigener Meierei, konventionelle Betriebe sowie Biobetriebe. Die Landwirte gewähren Einblicke in Ihren Betrieb und zeigen beispielsweise auf, welche Auswirkungen der Wegfall der Milchquote hat und welche Anforderungen ein ökologischer Bauernhof erfüllen muss. Mitmachen! Die Höfe befinden sich bisher zum größten Teil rund um Hamburg. Zudem nehmen ein Hof im Landkreis Göttingen sowie ein Hof im Sauerland am Projekt teil. Für 2016 sind noch Anmeldungen von interessierten Schulklassen und Jugendgruppen möglich. Mehr Informationen über die Geschäftsstelle der Agrar Koordination unter 040 – 39 25 26.

Agrar Koordination unterstützen

Zur Umsetzung unserer Aktivitäten brauchen wir noch Unterstützung. Jede Spende hilft, unsere Themen in die Öffentlichkeit zu bringen. Gemeinsam können wir uns für eine ressourcen- und umweltschonende Landwirtschaft einsetzen, die alle Menschen weltweit ernährt. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Vielen Dank für Ihre/Eure Unterstützung.

Die Spenden sind an folgende Bankverbindung zu richten:

Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V.

Kennwort: Agrarinfo Spende 2015

GLS Bank IBAN: DE29 4306 0967 2029 5635 00

BIC: GENODEM1GLS

Impressum

6 Ausgaben im Jahr kosten € 10,80 (Lastschrift) inklusive Porto für den Versand im Inland. Für ein Auslandsabo stellen wir das erhöhte Porto in Rechnung.

Herausgeber: Forum für internationale Agrarpolitik FIA e.V. (gemeinnützig). Spendenquittungen werden ausgestellt.

Redaktion: Agrar Koordination, Henriette Bartsch, Nernstweg 32, 22765 Hamburg,

Tel.: 040 39 25 26; Fax 040 399 00 629; info@agrarkoordination.de, www.agrarkoordination.de

Bankverbindung: Forum für internationale Agrarpolitik (FIA) e.V., GLS Bank IBAN: DE29 4306 0967 2029 5635 00

Druck: Druckwelten Hamburg, 100 % recycling Papier

ISBN: 978-3-9813497-2-6

